GÖTTINGER BLÄTTER

Dezember 2025

BSW-Fraktion im Kreistag VVN FG Cuba DKP Grobian GöLinke

Ratsitzung am 14.11.2025: Resolutionsantrag

Erhalt des „Haus der Kulturen" in der Weststadt

In der November-Ratssitzung der Stadt Göttingen wurde von der Wähler*innengemeinschaft die interfraktionelle Resolution zum Erhalt des „Haus der Kulturen" in der Weststadt eingebracht. Sie wurde einstimmig beschlossen. Beantragt wurde sie von allen Fraktionen und Gruppen - außer der FDP.

Zur Erinnerung: wegen Brandschutzbestimmungen wurde dem Haus der Kulturen erst fristlos und nun fristgerecht zum 31. Dezember durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) gekündigt.



Haus der Kulturen am Tag der Kundgebung, 20.10.25 (Foto: cs)

„In einer Zeit, in der rechte Hetze lauter wird und unser Bundeskanzler schamlos ausländerfeindlichen Populismus normalisiert, geraten ausgerechnet diejenigen unter Druck, die sich tagtäglich für Humanität, Teilhabe und ein solidarisches Miteinander einsetzen.

Das Thema Migration wird politisch immer wieder missbraucht, um Feindbilder zu erzeugen. Doch sobald von angeblich „gut integrierten" Menschen die Rede ist, verschwindet plötzlich jedes Problem. Diese Widersprüche zeigen, dass unter dem Begriff „Integration" häufig ein einseitiges Verständnis steht: ein vermeintliches „deutsches Leit(d)bild", an dem Menschen mit Migrationsgeschichte gemessen werden sollen.

Das Haus der Kulturen in der Weststadt stellt dem eine andere Perspektive entgegen: Gelebte Demokratie, friedliches Miteinander & praktische Solidarität. Seit fast 3 Jahrzehnten prägt dieses einzigartige Projekt unsere Stadt.

Denn kulturelle Teilhabe muss für alle Menschen in Göttingen möglich sein. Doch die Aufmerksamkeit des Rates richtet sich häufig nur auf die Herausforderungen der Hochkultur oder auf teure Sicherheitsmaßnahmen für Weihnachtsmärkte - während andere kulturelle Orte, die für den Alltag vieler Menschen von zentraler Bedeutung sind, kaum Beachtung finden."



Der neue Zaun um das Gelände

So geraten Einrichtungen wie das Haus der Kultur zunehmend aus dem Blick und riskieren, ihren festen Platz in der Stadt zu verlieren. Umso wichtiger war es, dass sich der Rat der Stadt Göttingen einstimmig mit dem Haus der Kulturen solidarisiert - ein deutliches Zeichen, auch wenn die Stadt selbst bislang nur begrenzt direkte Hilfe leisten kann.

Es gäbe eine praktische Lösung für das Haus der Kulturen: Das BImA bietet an, dass die BetreiberInnen oder die Stadt Göttingen die ehemalige Wehrmachtsimmobilie kaufen könne. Doch dafür fehlt das Geld.

Wir sagen:
Bleibt einfach in dem Gebäude.

Im Internet:
www.goettinger-linke.de

Kontakt
Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Resolution für das „Haus der Kulturen"	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 01/2026
ist der 18. Dezember
Auslieferung vorraussichtlich am 23.12.

Veranstaltungen im November

10.12. , 18 Uhr, Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7: **Treffen des Friedenforums**

12.12. um 19 Uhr, Rotes Zentrum: **Winterkino Grone: „Alles in bester Ordnung"**

8.11, 11 bis 15 Uhr, Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 73:
Kommunalpolitischer Ratschlag
Veranstalter: Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

13.12. 11 - 15 Uhr, Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 73: **Kommunalpolitischer Ratschlag**
Veranstalter: Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

14.11.: 19.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Deisterstr.:
Winterkino Grone: Mariannengraben
Veranstalter. FilmFreundeGrone und „IN Grone"

18.12., 17 Uhr, Grone, Jonaplatz: **„Abgrillen" für Aktive im Stadtteil**

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

VVN-BdA

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Diese Veranstaltungsreihe ist seit 1997 dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Sie dürfen nicht vergessen werden.
In den Konzentrationslagern bündelte sich die nationalsozialistische Politik der Verfolgung, Entrechtung, Entwürdigung und systematischen Ermordung von Millionen Menschen. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Dieser Tag wurde zum Symbol für eine wachsame Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Seit dem Jahr 1996 ist der 27. Januar in Deutschland offizieller „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus".

Gedenken braucht mehr als einen isolierten, staatlichen Gedenktag. Darum betten wir mit unserer Veranstaltungsreihe den Tag der Befreiung von Auschwitz in seinen historisch-politischen Zusammenhang ein. Die Eckdaten: **09. November** (Pogromnacht 1938) und **30. Januar** (Ernennung Hitlers zum Kanzler 1933) sollen an **Schuld und Verantwortung der Deutschen** erinnern.

Gedenken braucht einen Standpunkt. Wir müssen feststellen, dass bei der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus heute vor allem wieder die deutschen Opfer etwa von Bombenkrieg oder Vertreibungen in den Vordergrund gerückt werden.

Wir, die VeranstalterInnen dieser Reihe, treten solcher und anderer Relativierung entgegen. Wir möchten Zeichen setzen: Gegen Gleichgültigkeit und Vergessen. Gegen die Verharmlosung deutscher Schuld und Verantwortung. Gegen das Fortbestehen rechter Ideologie und rechtsextremer Aktivitäten in Alltag und Gesellschaft.

Erinnerung braucht Wissen. In dieser Reihe wird in öffentlichen Veranstaltungen der Opfer gedacht und durch Vorträge, Lesungen, Begegnungen mit ZeitzeugInnen, Diskussionsrunden, Theater- und Filmvorführungen, Konzerte, historische Stadtrundgänge und Führungen in KZ-Gedenkstätten eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus geführt.

Termine

Donnerstag, 18.12.2025, 16:00 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Café INTI", Wilhelmsplatz, Göttingen

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Sonntag, 07.12.2025, 14:30 Uhr
Ausstellungsraum „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945" Godehardstr. 11, Göttingen

ZWANGSARBEITENDE AUS FRANKREICH IN SÜDNIEDERSACHSEN
Eine Ausstellungsführung mit Sybille Schröder

Im Zweiten Weltkrieg leisteten hunderttausende Menschen aus Frankreich Zwangsarbeit in Deutschland - in Südniedersachsen zum Beispiel bei der Reichsbahn und in Rüstungsbetrieben. Die Führung geht auf die politische und wirtschaftliche Lage Frankreichs während des Kriegs ein, stellt Einsatzorte sowie Arbeits- und Lebensbedingungen von Zwangsarbeitenden in der Region vor und gibt einen Ausblick auf die Zeit ab 1945. Sie geht dabei über das hinaus, was die Ausstellung bereits an Informationen bietet.

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. und der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südnieder-sachsen 1939-1945"

Freitag, 12.12.2025, 15:30 Uhr
KZ-Gedenkstätte Moringen, Treffpunkt: Torhaus, Lange Str. 58, Moringen

FÜHRUNG ZU DEN MORINGER KONZENTRATIONSLAGERN

Anfang April 1933 wurde in Moringen eines der ersten KZ des NS-Staates errichtet. Dort wurden vor allem politische Gegner aus dem Raum Hannover - Göttingen inhaftiert. Von Oktober 1933 bis März 1938 war Moringen das zentrale Frauen-KZ Preußens. Inhaftiert waren Frauen aus dem politischen Widerstand, aber auch Zeuginnen Jehovas. Von 1940-1945 bestand in Moringen ein Jugend-KZ. Rassistisch, religiös oder politisch verfolgte männliche Jugendliche waren hier SS-Terror, Zwangsarbeit, Hunger und drakonischen „Erziehungsmethoden" ausgesetzt.

Anmeldung erforderlich unter:
info@gedenkstaette-moringen.de

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Dienstag, 16.12.2025, 18:00 Uhr
Holbornsches Haus, Rote Str. 34, Göttingen

SINTI UND ROMA IN GÖTTINGEN - VON DER NACHKRIEGSZEIT BIS HEUTE

Im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung des Roma Centers stehen die Verfolgung und Lebensrealitäten von Sinti und Roma in Göttingen - von der NS-Zeit bis heute. Den Auftakt bildet ein Vortrag des Historikers Dr. Rainer Driever, Autor des Buches „Die Verfolgungsgeschichte der Göttinger Sinti". Anschließend diskutieren Angehörige der Göttinger Roma und Sinti, Monika Kos-Rochlitz, Manja Schuecker-Weiss und Kenan Emini über die Kontinuitäten von Ausgrenzung und Rassismus in der Nachkriegszeit, über die 1990er Jahre, bis heute, sichtbar etwa in Wohnsituation und Bildung.

Die Veranstaltung erinnert an den Auschwitz-Erlass vom 16.12.1942, mit dem Himmler die Deportation von Sinti und Roma in das Vernichtungslager anordnete.

Veranstaltet vom Roma Center e.V

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba
Regionalgruppe Göttingen
c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

09.Dezember, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße

VNB unser Kooperations- u. Bildungspartner
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Der Wert des menschlichen Lebens

Dieser Sturm gilt als einer der größten, die in der Karibik jemals gemessen wurden. Auch wenn er sich über Kuba leicht abschwächte, richtete er große Schäden an Häusern, Infrastruktur und in der Landwirtschaft an. Der Wiederaufbau wurde sofort in Angriff genommen. Kuba braucht jetzt materielle Unterstützung, nachdem die US-Blockade gerade vor der UNO geächtet wurde. Spendet auf unser Konto unter dem Stichwort „Kuba-Hilfe". Kuba dankt!

„Ich werde nicht am Amerika-Gipfel in der Dominikanischen Republik teilnehmen. Dialog beginnt nicht mit Ausschlüssen", erklärte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro im sozialen Netzwerk x.



Bild: Die Überschwemmungen in dieser Gegend waren beispiellos
Foto von Ibrahim Sánchez Carrillo

„Lateinamerika muss sich nicht auf die Seite der mächtigen Nationen stellen, die sich ständig fluktuieren. Lateinamerika muss sich mit konkreten Projekten intern integrieren", betonte er.

Seine Entscheidung ist auf den Ausschluss Kubas, Venezuelas und Nicaraguas von der zehnten Ausgabe des Gipfels zurückzuführen, der am 4. und 5. Dezember in Punta Cana stattfinden wird. Petro schließt sich damit der Position der mexikanischen Präsidentin Claudia Sheinbaum für die Würde Lateinamerikas und der Karibik sowie der der Delegierten des 9. Kontinentalen und Karibischen Solidaritätstreffens mit Kuba an, die angesichts des „brutalen einseitigen Drucks der Vereinigten Staaten" sofort einen inklusiven Gipfel der Völker in Santo Domingo vorgeschlagen hatten.

Spendenkonto: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Maybachstr. 159, 50670 Köln · Tel. 0221-2405120 · www.fgbrdkuba.de
Spenden (steuerlich absetzbar) IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

Auch aus Kolumbien, der Dominikanischen Republik und den Vereinigten Staaten kommt humanitäre Hilfe

Die US-Regierung wird über den Hilfsdienst Catholic Relief Service Sachhilfe im Wert von 3 Millionen US-Dollar schicken, wie die katholische Kirche in Kuba mitteilte
Autor: Redacción Internacional | internacionales@granma.cu (aus: jw v. 17.10.25)

Unter den Hilfsangeboten, die Kuba von Ländern und internationalen Organisationen zur Linderung der Schäden durch Hurrikan Melissa in den östlichen Provinzen erhalten hat, wurde gestern berichtet, dass neue Lieferungen aus Kolumbien, der Dominikanischen Republik und den Vereinigten Staaten eintreffen werden.

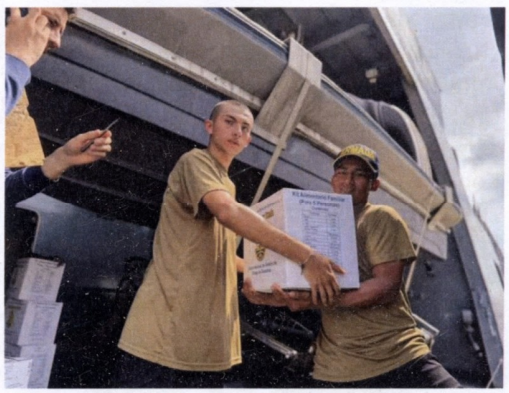
Ein Bericht von Prensa Latina bestätigte, dass ein Schiff mit 240 Tonnen Hilfsgütern, darunter Lebensmittelpakete, Hygieneartikel, Moskitonetze, Milch, Treibstoff und Wasser, den kolumbianischen Hafen Cartagena verließ.

Die Regierung der Dominikanischen Republik koordiniert unterdessen die Ausweitung ihrer karibischen Solidaritätsaktion auf Kuba und Haiti, nachdem sie bereits Jamaika unterstützt hat, wie die kubanische Nachrichtenagentur berichtete.

Ebenfalls am Montag wurde bekannt gegeben, dass die US-Regierung über den katholischen Hilfsdienst Catholic Relief Service Hilfsgüter im Wert von 3 Millionen US-Dollar bereitstellen wird, so die katholische Kirche in Kuba.

In einer Pressemitteilung erklärte das kubanische Ministerium für Außenhandel und Investitionen (MINCEX), dass das Erzbistum Miami über die katholische Kirche in Kuba ebenfalls – mit demselben Ziel – Hilfe angeboten habe.

Das Ministerium betonte, dass der Archipel seit Langem positiv mit der katholischen Kirche in humanitären Hilfsmaßnahmen zusammenarbeite, die in Abstimmung mit den Behörden und bedarfsorientiert durchgeführt würden.



Ein Schiff mit 240 Tonnen Hilfsgütern verließ den kolumbianischen Hafen Cartagena
Photo: Prensa Latina

Es dankte für diese humanitären Gesten und hob hervor, dass – wie auch bei anderer internationaler Hilfe, einschließlich der von anderen US-amerikanischen Religionsgemeinschaften – Anstrengungen unternommen würden, die Hilfe schnell und effizient der betroffenen Bevölkerung zuzuführen.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen
Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 3, 37073 Göttingen
https://goettingen.dkp.de • goettingen@dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Gegen Wehrpflicht!
Schulstreik

Artikel aus Unsere Zeit vom 21.11.2025

Der Kadavergehorsam des deutschen Militarismus ist ein Pestherd", schrieb ein gewisser Ignaz Wrobel 1924 in der Zeitschrift „Weltbühne" zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in der Weimarer Republik. Wrobel, ein Pseudonym von Kurt Tucholsky, erkannte damit sehr wohl, welchen zentralen Wert die Wehrpflicht für die Militarisierung der Köpfe einnimmt: „... eine bunte, verlogene Sache nach außen – eine schmutzige, rohe und völlig wertlose nach innen."

100 Jahre und einen zweiten Weltkrieg später bricht sich der Pestherd des deutschen Militarismus erneut Bahn. In der vergangenen Woche einigten sich die Kriegskoalitionäre von SPD und CDU auf einen Fahrplan zur Wiedereinführung des Kriegsdienstes mittels Salamitaktik. Unter dem Deckmantel „neuer Wehrdienst" werde zunächst auf das Prinzip der Freiwilligkeit gesetzt, betonte Hochrüstungsminister Boris Pistorius (SPD) auf der gemeinsamen Pressekonferenz der Fraktionsspitzen. Unfreiwillig bleibt jedoch, dass alle jungen Männer, beginnend mit dem Jahrgang 2008, ab dem kommenden Jahr verpflichtend zur Musterung antreten müssen. Rund 700.000 junge Menschen werden ab Januar 2026 erfasst und angeschrieben. Das betrifft auch junge Frauen, die allerdings nicht zu Antwort und Musterung verpflichtet sind. Um die „Freiwilligkeit" voranzutreiben, setzen die Koalitionäre auf Bestechung: Konkurrenzlose Attraktivität erhält der „Dienst für das Vaterland", wie es CDU-Fraktionschef Jens Spahn in die Pressemikros grinste, durch ein Bruttoeinkommen von 2.600 Euro im ersten Jahr und weitere Verlockungen – beispielsweise durch Zuschüsse für den Pkw-Führerschein. Dieses faule Angebot trifft auf eine Jugend, in der jeder vierte in die Armut gezwungen ist, und auf eine Ausbildungslandschaft, die im ersten Lehrjahr durchschnittlich 1.000 Euro Vergütung bietet.

Doch je näher die massenhaften Musterungen und die mit dem Kriegsdienst verbundenen Entscheidungen rücken, umso lauter wird der Widerstand. „Die Jugend kämpft und hat Power", berichtete die SDAJ-Vorsitzende Andrea Hornung auf dem Jugendpodium des Kasseler Friedensratschlags. Beweis dafür sind die zahlreichen lokalen Aktivitäten von Schülern, die sich gegen die Wehrpflicht in einer bundesweiten Initiative zusammengeschlossen haben. „Es heißt, wir sollen für Deutschland Krieg führen können. Doch was ist eigentlich mit unserem Recht, in Frieden zu leben und selbst zu entscheiden, wie wir unser Leben führen wollen?", fragt die Initiative in einer Erklärung. „Statt Milliarden in Waffen zu stecken" fordert sie „Milliarden für Bildung, bessere Ausbildungsplätze, das Klima und für unsere Zukunft". Das Bündnis ruft deshalb zu einem bundesweiten Schulstreik am 5. Dezember auf – an diesem Tag wird der Bundestag über das „neue Wehrdienstgesetz" entscheiden.

Mit der vorläufigen „Freiwilligkeit" wollen die Koalitionäre der in der Jugend verbreiteten Kriegsmüdigkeit vorerst aus dem Weg gehen und Zeit für einen erhofften Mentalitätswandel gewinnen. Das erste Anschreiben, Erfassen und Mustern führe nämlich auch dazu, so CDU-Fraktionschef Spahn, dass „jede Familie über den Wehrdienst sprechen" werde. Spahn will an den heimischen Küchentisch und in die Köpfe.

Hochgerüstet wird auf jeden Fall, unabhängig davon, ob diese Propaganda verfängt. Auch das geht aus dem Kompromiss zum „neuen Wehrdienst" hervor, der eine sogenannte „Bedarfswehrpflicht" gleich mitdenkt. Zukünftig soll dem Bundestag halbjährlich Bericht über die Zahlen der neuen, freiwillig Rekrutierten erstattet werden. Sofern die Zielzahl von 80.000 neuen Soldaten in fünf Jahren nicht erreicht wird, könne doch eine Pflicht zum Kriegsdienst greifen, um die Lücken zu schließen.

Bei den kommenden Schulstreiks werden Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Bundesrepublik deutlich machen, dass sie sich weder bestechen noch bekehren noch zwingen lassen wollen. Aber auch wenn die Abgeordneten die Wiedereinführung beschließen, werde der Protest nicht aufhören, so die Schulstreik-Initiative. Dabei seien alle – ob Schüler oder nicht – aufgerufen, sich zu beteiligen. Richtig so, denn die Einführung der Wehrpflicht, das wusste bereits Kurt Tucholsky 1924, „bedroht den Frieden späterhin und vergiftet das Leben des Volkes von der Einführung an". (ch)

Schulstreik gegen die Wehrpflicht in Göttingen:
Zentrale Streikkundgebung am
05.12. um 12 Uhr am Neuen Rathaus



Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 02. Dezember
Thema: Göttinger „Problemimmobilien", Referent: Jost Leßmann (Göttinger Linke)

Dienstag, 16. Dezember
Jahresabschluss mit Film „La Clave – Das Geheimnis der kubanischen Musik" (2021)

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

GROBIAN

GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19 Uhr

unser Kooperations- u. Bildungspartner

VNB

Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mieterberatung für MieterInnen der LEG in Grone

Die Prüfgemeinschaft (s. vorherige Ausgaben) kommt nicht zur Ruhe: Die Beratungsstunden an jedem Mittwoch werden weiterhin stark, sehr stark frequentiert. Wir fragten Steffen Zimmermann, die „Säule" der MieterInnenberatung, was denn heute gefragt wird, obwohl die Jahresabrechnung für 2024 noch gar nicht angekommen sind:



Kpw-Foto: Der Süntelweg vor Aufstockung und „Modernisierung"

Steffen, was wird denn heute bei Euch angefragt?

Steffen: „Das will ich Dir gern sagen, weil mir der Kamm schwillt, wenn ich die Arbeitsweise der LEG betrachte.

So haben sie z.B.- teileweise mehrfach – gleich alle Mieter angeschrieben, so auch die, die schon die Verjährungsverzicht unterzeichnet hatten oder auch solche die davon gar nicht betroffen waren, weil erst später eingezogen. Dies hat uns viel zusätzliche Arbeit beschert, aber auch neue und noch unbekannte Mieter zu uns gebracht hat.

Das nächste Beispiel: Die LEG hat scheinbar gerade nochmal alle Konten geprüft und Zahlungserinnerungen und Mahnungen verschickt. ZT. auch einige komplett ungerechtfertigte Forderungen, wie für Kabelgebühren, die sie gar nicht mehr in Rechnung stellen dürfen. Oder für alte Forderungen, wo die MieterInnen noch im Widerspruchsverfahren sind. Aber die LEG probiert es jetzt offenbar nochmal, bevor diese Forderungen zum Jahresende eventuell verjähren.

Ein nächste Beispiel: Wir haben es aktuell besonders mit Einzelfällen zu tun, bei denen utopische Wärmeverbräuche „gemessen" werden. Um diese Fälle bemühen wir uns mit einem gesonderten Team, um die Probleme zu knacken, denn wir vermuten hier technische oder Ablese- oder Berechnungsfehler. Wir sind da gerade auf einer heißen Spur und suchen für bestimmte Einzelfälle dringend einen Heizungsfachmann, der uns mit Expertise etwas unterstützen kann."

Gibt es auch aktuelle Fragen?

„Ja, wir beraten Mieter zB. bei wiederkehrendem Ausfall von Heizung oder/und Warmwasser, wie sie sich wehren können. Wir helfen dabei, Beschwerden mit Fristsetzung zu formulieren. Diese Blanko-Schreiben können dann auch viele andere Mieter in einem Wohnblock nutzen, um so kollektiver zu wirken und Mietminderungen in größerem Umfang als Druckmittel durchzusetzen.

Das irgendwie Paradoxe ist, dass auch zunehmend Mieter aus anderen Stadtteilen zu uns finden, denen tatsächlich empfohlen wurde, uns für eine kostenlose Beratung ihrer Abrechnungen zu nutzen. Aber wir geben auch denen viele Tipps und verweisen sie ggf. an entsprechende andere Stellen. Aber ein großer Teil unsere Mietberatung dreht sich auch um Übernahme bzw. Nicht-Übernahme von Kosten für die Unterkunft usf., ist also ein Stück auch Sozialberatung, vor allem oft im Umgang mit Kostensenkungsverfahren."

Was erwartet Ihr noch für das laufende Jahr?

„Bald kommen neue Jahresabrechnungen und es ist mit enormen Besuch der Beratung zu rechnen. Wir beraten auch aktuell bereits Mieter im Umgang mit den kommenden Rechnungen, etwa, dass sie wissen wie sie ihre Heizkostenverteiler ablesen und dokumentieren müssen. Denn die gespeicherten Daten verschwinden zum 31.12., wodurch keine Prüfung mehr möglich ist."

(Die Fragen stellte gs)

Winterkino Grone

Der Dezember-Film:

(Leider dürfen wir wieder aus lizenzrechtlichen Gründen die Originaltitel der Filme nicht nennen. Aber wir unterrichten Euch gern unter der Adresse „winterkino-grone@web.de". Das „Motto" in diesem Jahr ist „Schicksale"!)

Film Freunde Grone

Wir zeigen am 12 Dezember 2025 den Film

Alles in bester Ordnung

Der dritte „Schicksalsfilm": Marlen ist leidenschaftliche Sammlerin. Sie trifft auf Finn, der als Minimalist durch die Welt geht. Während für ihn Ordnung das halbe Leben ist, heißt sie ihn in der anderen Hälfte willkommen.

19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstraße (Eingang an der Bushaltestelle)

Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn: 19.00 Uhr

(Saal und Sanitäranlagen sind rollstuhlgerecht erreichbar.)

BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Arbeitsweise im Kreistag – etwas anders als im Stadtrat

In der jetzigen Wahlperiode verteilen sich die 66 Kreistagsabgeordneten auf sieben Fraktionen und einen fraktionslosen Einzelkämpfer. Im Gegensatz zum Stadtrat, wo die Mehrheitsverhältnisse viel offener sind, gibt es wie in den letzten beiden Wahlperioden eine einheitlich auftretende Mehrheitsgruppe aus SPD mit 22 Sitze und Grünen mit 13 Sitzen, die mit ihrer Mehrheit wie eine Koalition regiert. Diese Mehrheit stützt auch den Landrat, Entscheidungen werden mit diesem abgesprochen. Dabei ist es durchaus möglich, dass einzelne Abgeordnete von SPD oder Grünen in einzelnen Ausschüssen auch mal kritische Nachfragen stellen. Die CDU ist mit 18 Mandaten größte Oppositionsfraktion. Diese drei Fraktionen teilen sich die drei Dezernate. Da im Kreistag für die Ausschussbesetzung das d´Hondt-Verfahren gilt, hat außer diesen drei Fraktionen lediglich die FDP mit ihren 5 Sitzen Stimmrecht in den Ausschüssen. Die übrigen drei Fraktionen, darunter das BSW, die FWLG-Fraktion aus zwei Freien Wählern und den einzigen Kreistagsabgeordneten der PARTEI sowie die zweiköpfige AfD-Fraktion haben lediglich Grundmandat. Im Kreisausschuss sind nur drei Fraktionen vertreten, hier hatte die FDP das Losverfahren gegen die Mehrheitsgruppe verloren.

In der praktischen Arbeit ist vor allem das Informationsgefälle zwischen den drei großen Parteien, deren Dezernenten auch an den Fraktionssitzungen teilnehmen und dem Rest des Kreistags auffällig, der eben nicht über diesen exklusiven Zugang zur Verwaltungsspitze verfügt. Zu einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit dem Landrat wurde Eckhard Fascher in 19 Jahren als Fraktionsvorsitzender genau zweimal eingeladen, zuletzt Ende 2016 von Bernhard Reuter. Faktisch werden im Kreistag die kleinen Parteien nicht ernst genommen und ihnen vermittelt, dass man sie eigentlich nicht braucht. Manchmal ist das Interesse der Mehrheitsgruppe erkennbar auch die CDU auf ihre Seite zu ziehen. Sofern ein Dissens zwischen CDU und Mehrheitsgruppe auftritt, gelingt es ihr häufig FDP und FWLG beispielsweise beim Thema Windkraft auf ihre Seite zu ziehen.
Auffällig ist dabei, dass die FDP und die FWLG häufiger Anträge stellen, die sicherlich bei besserer Informationspolitik nicht gestellt worden wären. Dies sind Anträge, die bereits umgesetzt oder von der Verwaltung nicht umsetzbar sind. Sehr häufig werden diese dann auch zurückgezogen.

Die AfD ist nahezu inaktiv. Sie nimmt praktisch nicht an den Ausschusssitzungen teil, der Fraktionsvorsitzende taucht in der Regel allein bei den meisten Kreistagssitzungen auf und beteiligt sich ohne große Sachkenntnis selten an der Debatte.
Der Einzelkämpfer der Partei DIE LINKE (deren designierter OB-Kandidat) Thomas Goes fehlt bei den meisten Kreistagssitzungen und ist in keinem Ausschuss vertreten, obwohl ihm ein Grundmandat in einem Ausschuss seiner Wahl zusteht. Eine Rede hat er auch noch nie gehalten, obwohl er seit November 2022 Kreistagsabgeordneter ist und eigentlich gut reden kann. Hat er überhaupt Interesse an Kommunalpolitik?

Diese eher stabilen Mehrheitsverhältnisse führen auch dazu, dass es anders als in der Stadt nur sehr selten Fraktions- oder Gruppenübergreifende Sachanträge gibt. Dabei gibt es schon mal gemeinsame Anträge von CDU, FDP und FWLG.
Eine Ausnahme bilden hier Resolutionen, die sich in der Regel an Landes- und Bundesebene richten. Hier werden häufig alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD angesprochen, um eine breite Basis von Antragstellern zu haben.
In den fast zwanzig Jahren unserer Kreistagsarbeit gab es weder als LINKE noch BSW mit Ausnahme der Resolutionen so gut wie nie gemeinsamen Anträge mit anderen Parteien abgesehen von Piraten oder der PARTEI.

Landrat Marcel Riethig entwickelt zunehmend die Tendenz, den Kreistag immer weniger einzubeziehen. Dies wird beispielsweise bei den Kosten der Unterkunft (Mietkostenübernahme) bei Hartz-IV-Empfängern deutlich. Während die Umsetzungskonzepte unter dem CDU-Landrat Reinhard Schermann noch im Kreistag diskutiert und beschlossen worden, wurde diese Praxis im letzten Teil der Amtszeit seines Nachfolgers Bernhard Reuter eingestellt und nur noch im Sozialausschuss vorgestellt. Unter Riethig geschieht aktuell nicht mal mehr das. Auskunft wird lediglich noch auf Anfragen erteilt, um das Konzept zu sehen, muss Akteneinsicht beantragt werden. Auch das auf städtischer Ebene brisante Thema des Umgangs mit Flüchtlingen wird ausschließlich als Verwaltungsangelegenheit begriffen.

Kreistags- oder Ausschusssitzungen werden so immer kürzer und unspektakulärer.

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525-2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Eine Mut machende Veranstaltung

Am 7. November trafen sich Mitglieder und FreundInnen der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke bei A & L in der Lange Geismarstraße zu ihrem 1. kommunalpolitischen Ratschlag zum Auftakt der Arbeit zur Kommunalwahl am 13. September 2026.

Tatsächlich trafen sich 20 Mitglieder und FreundInnen der Wähler*innengemeinschaft, um erste Überlegungen sowie Festlegungen zur Weiterarbeit zu diskutieren: Vier Anwesende waren über 70 Jahre alt, drei Anwesende unter 30 Jahre.

Eine lustige Übereinstimmung dabei: Vor exakt fünf Jahren, am 7.11.2020, fand ebenfalls ein kommunalpolitischer Ratschlag statt mit ebenfalls 20 Mitgliedern und FreundInnen – und damals war die Wähler*innengemeinschaft – gemeinsam mit der Partei die Linke - drei Mal so groß!

Nach der Begrüßung führte Jost Leßmann in Arbeitsweise und Zielstellung der Ratschläge ein:

Heute findet die Bildung von Arbeitsgruppen statt, die ihre Stichwortsammlungen / Texte am 13.12., 2. Ratschlag, vorlegen wird so dass daraus das Wahlprogramm erarbeitet werden kann. Dies soll nicht so ein dickes Heft werden wie in den vergangenen Jahren, sondern dann besser durch Themen-Flyer ergänzt werden.

Am 14. Februar findet dann der Beschluss über Wahlprogramm sowie – in Wahlbereichsversammlungen – die Kandidat*innenaufstellung für die Wahl zum Stadtrat und die Ortsräte statt.

Er machte deutlich, dass die Finanzen die nächste Ratsperiode bestimmen werden, da die Stadt einen hohen Schuldenberg zu stemmen hat. Die Aufgabe: Mit welcher Strategie agiert die Wähler*innengemeinschaft?

Im Folgenden streifte Hendrik Falkenberg die drängenden Probleme der Göttinger Wohnraumpolitik: Forderungen aus Wahlprogramm sind weitehin aktuell.

Er verweist auf die Geschäftspolitik von SWB und Kreiswohnbau (bezahlbare Mieten)

Ein Blick auf sog. Investoren, die nur für die Rendite der Aktienbesitzer „arbeiten" schloss sich an; Betongold wurde erst in den letzten 10 – 15 Jahren entdeckt.

Die Landeswohnungsgesellschaft in NDS ist kein wirksames Instrument; sie rettet die Mieter nicht.

Bundespolitische-, Landes- und kommunale Ebenen müssten im Sinne der MieterInnen zusammenarbeiten und dadurch den großen Immobiliengesellschaften den Raum für ihr Geschäftsmodell nehmen

Was wird die Wärmewende auf für die MieterInnen bedeuten? Dabei geht es um eine energetische Sanierung und Energieversorgung. Wer trägt die Kosten, wer werden die GewinnerInnen sein?

Neubauvorhaben, wer baut? Wird es bezahlbaren Wohnraum geben?

Höchste Mieten (und gleichzeitig die schlimmsten Wohnverhältnisse) sind in der Groner Landstraße zu finden; ein Skandal für die Mieter und die Stadt, die allerdings zahlt.

Nach lebhaften Diskussionen wurden acht Arbeitsgruppen gebildet, zu denen sich auch weitere Mitglieder, die nicht anwesend sein konnten, angemeldet hatten. Die Anwesenden begannen sogleich, sich zusammenzusetzen und ihre Arbeit zu planen (gs)

Kontakte
Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:
Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Hendrik Falkenberg, , Jost Leßmann, Peter Strathmann
Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten:
Mi: 10:00 - 12:00
14:00 - 16:30 (nach Vereinbarung)
Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:
Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

2. Kommunalpolitische Ratschlag zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2026:

Samstag, 13.12, 11.00 – 15.00 Uhr, A+L, Lange Geismarstr. 73

- Hauptthema: **Kommunale Finanzen**
- Ergebnisse der Arbeitsgruppen für das Wahlprogramm 2026

(Bitte eigene Verpflegung mitbringen!)

Vorankündigung: **2. Ratschlag am 13. Feb. 2025**; (Ort steht noch nicht fest), Themen: Beschluss des Wahlprogramms, Wahl der Kandidat*innen zur Kommunalwahl

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo im Dezember aktuell

Antwort auf eine Anfrage vom GT vom 29. Oktober 2025

Rückzug des Intendanten vom Deutschen Theater

Der angekündigte Rückzug von Erich Sidler ist kein kulturpolitisches Erdbeben, sondern ein Ausdruck einer Entwicklung, die wir seit Jahren beobachten: Die Krise der Kulturfinanzierung trifft jetzt auch die großen, institutionell abgesicherten Häuser. Während viele kleinere Initiativen und Theater sowie freie Kulturschaffende schon lange unter prekären Bedingungen arbeiten, werden nun auch die etablierten Bühnen von denselben Problemen eingeholt.

„Die Kultureinrichtungen haben es gerade so durch die Pandemie geschafft, die aktuelle finanzielle Lage der Stadt und der drohende Einbruch der Landesförderung bringen sie nun an den Rand ihrer Existenz", sagt der kulturpolitische Sprecher der Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Torsten Wucherpfennig. „Die Debatte um die gestoppten 180 Millionen Euro für die Sanierung zeigt, dass es längst nicht mehr um Prestige geht, sondern um den Erhalt der bestehenden kulturellen Infrastruktur. Dabei spielt es keine Rolle, ob Deutsches Theater oder andere Kultureinrichtungen: Wir machen keine Unterschiede und wollen das gesamte kulturelle Spektrum in Göttingen erhalten. Wenn wir von kultureller Vielfalt sprechen, dann müssen wir vor allem die kleinen Bühnen, soziokulturelle Zentren, freie Theatergruppen und selbstorganisierte Projekte meinen. Sie leisten seit Jahren mit minimalen Mittel, was große Häuser mit Millionenbudgets nicht schaffen: echte Teilhabe und kulturelle Bildung für alle", kommentiert er beim Blick auf die Zentrierung der Probleme auf das Deutsche Theater.

Für die Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke steht fest: Der Erhalt des Deutschen Theaters darf nicht gegen andere Kultureinrichtungen ausgespielt werden. Göttingen braucht solidarische Kulturpolitik: von den großen Bühnen bis zur freien Szene. „Kultur ist öffentliche Daseinsvorsorge, keine freiwillige Aufgabe, die man je nach Haushaltslage kürzt oder erweitert. Wenn wir über den Erhalt des Deutschen Theaters sprechen, müssen wir gleichzeitig dafür sorgen, dass Kulturschaffende überall in der Stadt verlässliche Bedingungen bekommen", kommentiert Torsten Wucherpfennig abschließend.

Kontaktdaten

Fraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551-400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Mi: 10 - 12 Uhr
14 - 16 Uhr (nach Absprache)

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17 - 18 Uhr (öffentlich)

Neue Mobilitätsstationen in Göttingen

Zur Förderung umweltfreundlicher Transportmittel wurden in der Stadt drei neue Mobilitätstationen aufgestellt. An den Stationen mit dem großen „M" finden sich weiterführende Informationen zu Alternativem zum privten Auto. In den kommenden Jahren sollen noch mehr Stationen folgen.

Es ist wünschenswert, dass mehr „legale" Abstellorte für E-Roller dadurch entstehen, damit die Gehwege weniger zugestellt werden, aber mehr als das sind diese Stationen aktuell leider nicht. Dennoch ist der Ausbau dieser Infrastruktur ein Schritt in die richtige Richtung.



Treffen von Mieter*innen aus der Groner Landstraße 9 (GL9) und dem Mieterverein der Stadt Göttingen

Die Heizungsanlage in der GL9 ist weiterhin defekt - als Übergangslösung wurden elektrische Radiatoren von der Hausverwaltung verteilt, die jedoch zu deutlich höheren Stromkosten führen. Mitte November haben Stadt und Mieterverein zu einer Versammlung eingeladen, zu der etwa 50 Mieter*innen der GL9 erschienen sind.

Der Mieterverein rät den Bewohnenden die **Miete um die Hälfte zu mindern**. Es darf nicht sein, dass die Hausverwaltung wirtschaftliche Interessen über ihre soziale Verantwortung stellt. Zudem führt der Betrieb der Radiatoren zu erheblichen zusätzlichen Kosten, was angesichts der bereits bestehenden Diskussion um angebliche Mietrückstände die wirtschaftliche Situation der Immobilie weiter verschärfen wird.

Auch wir sagen: Wer Wohnraum verkommen lässt, soll nicht an ihm verdienen. Während Menschen frieren, muss die öffentliche Hand einspringen, weil private Interessen über das Wohl der Bewohnenden gestellt wurden. Das zeigt erneut: Wohnen als Ware funktioniert nicht - es ist menschenverachtend und gegen die Bedürfnisse der Bewohnenden gerichtet.